

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
30.12.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kommunalverfassung, Ratsbüro
Schriftführung
Dennis Zach
Telefon-Nr.
02202 142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Dienstag, 10.12.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:44 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

18:56 Uhr – 19:06 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2013 - öffentlicher Teil**
0604/2013
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4.1 Mitteilungen des Bürgermeisters; hier Haushaltsentwicklung 2013**
0661/2013

4.2 Mündliche Mitteilungen

- 5 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 20.11.2013 über die Genehmigung der Dienstreisen von Rats- und Ausschussmitgliedern zur 78. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) für den Regierungsbezirk Köln am 05.12.2013 in Sankt Augustin**
0606/2013
- 6 Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2014**
0639/2013
- 7 Teilhaushalte 2014 in der Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses**
- 7.1 Haushalt 2014 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130**
0620/2013
- 7.2 Haushalt 2014 - Teilhaushalt FB 3**
0645/2013
- 8 Haushalt 2014**
0662/2013
- 9 Zeitplanung für den Jahresabschluss des Kernhaushalts der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2012**
0517/2013
- 10 Weisungspflichtiger Geschäftsvorfall i.S. § 113 (1) GO NRW/ Auflösung der "Rund um Köln Veranstaltungsgesellschaft mbH i.G."**
0526/2013
- 11 Jahresabschluss 2012 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)**
0557/2013
- 12 Wirtschaftsplan 2014 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0597/2013
- 13 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier EBGL**
0561/2013
- 14 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier RBS**
0564/2013
- 15 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier SEB AöR**
0566/2013
- 16 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier Stadtbahngesellschaft Rhein Sieg mbH i.L.**
0565/2013
- 17 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier**

- SVB**
0567/2013
- 18 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH**
0568/2013
- 19 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier Bädergesellschaft**
0569/2013
- 20 Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**
0570/2013
- 21 II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
0607/2013
- 22 Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung**
0576/2013
- 23 IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0544/2013
- 24 Offenhalten von Verkaufsstellen**
0657/2013
- 25 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
0584/2013
- 26 Kostenlose Jahresausweise der Stadtbücherei für Kinder unter 18 Jahren/ Änderung des Entgelt-Tarifs**
0541/2013
- 27 Neubau Kunstrasenplatz Rübezahwald**
0488/2013/1
- 28 Anträge der Fraktionen**
- 28.1 SPD-Antrag für eine Satzung zum "Schutz und Erhalt von Wohnraum"**
0491/2013/1
- 28.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 30.09.2013 zum Thema Wohnbauförderung (Überweisung durch den Rat 15.10.2013 zu DR-Nr. 0531/2013 an den ASSG, HFA und Rat)**
0581/2013
- 28.3 Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 21.11.2013 (eingegangen am 25.11.2013) zur Namensgebung und Namensfindung der Straße in der Erschließung Eichenkamp**
0663/2013
- 28.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013) zur Überarbeitung des Haushaltes 2014**
0666/2013 und 0666/2013/1

29 Anfragen der Ausschussmitglieder

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.10.2013 - nicht öffentlicher Teil
0605/2013

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Übersicht über getätigte Kreditaufnahmen im Zeitraum 19.09.2013 bis 20.11.2013
0641/2013

5 Erwerb eines Grundstücks
0474/2013

6 Anträge der Fraktionen

7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:00 Uhr die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der 8. Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung sind Herr Nagelschmidt (CDU), Frau Münzer (CDU) und Herr Lang (DIE LINKE./ BfBB) entschuldigt. Herr Nagelschmidt wird durch Frau Reudenbach, Frau Münzer durch Herrn Kraus und Herr Lang durch Herrn Santillán vertreten. Herr Santillán ist ab 17:07 Uhr anwesend. Herr Haasbach (CDU) ist bis 19:28 Uhr anwesend.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- Die Einladung vom 27.11.2013 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen,
- eine ergänzende Information zu TOP Ö 8 bezüglich der Personalkostenentwicklung, die den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 03.12.2013 übersandt wurde,
- die Beratungsergebnisse des JHAs aus der Sitzung am 26.11.2013 zu TOP Ö 8 (hier: Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2014), des ABKSS aus der Sitzung am 03.12.2013 zu den Tagesordnungspunkten Ö 8 (hier: Vorberatung der Haushaltsplanung für die Produktgruppen, die in die Zuständigkeit des ABKSS fallen) und Ö 27, des Infrastrukturausschusses aus der Sitzung am 04.12.2013 zu Tagesordnungspunkt N 5 sowie des AUKVs aus der Sitzung am 05.12.2013 zu den Tagesordnungspunkten Ö 8 (hier: Haushalt 2014 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Verkehrsflächen, Stadtgrün und Umweltschutz) und Ö 23, ein Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zu TOP Ö 8, die neue Vorlagenversion Nr. 0666/2013/1 zu TOP Ö 28.4 mit der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion sowie einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Freie Wähler, die unter TOP Ö 29 beantwortet wird, als Tischvorlagen,
- ein weiterer Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2014, TOP Ö 8 als Tischvorlage sowie
- einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Haushalt 2014, TOP Ö 8 als Tischvorlage, der nach Aussage von Herrn Dr. Fischer den bisher vorliegenden Antrag (TOP Ö 28.4) ersetzen soll.

Herr Urbach schlägt vor, den Antrag der FDP-Fraktion zur Überarbeitung des Haushalts 2014 (TOP Ö 28.4) in seiner von der FDP als Tischvorlage vorgelegten modifizierten Fassung, wegen Sachzusammenhangs unter TOP Ö 8 zu beraten und zur Abstimmung zu stellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013) zur Überarbeitung des Haushaltes 2014 wird in seiner von der FDP als Tischvorlage vorgelegten modifizierten Fassung unter TOP Ö 8 - Haushalt 2014 beraten und zur Abstimmung gestellt.

Herr Urbach weist darauf hin, dass die vorgelegten Änderungsanträge zum Haushalt 2014 ebenfalls unter TOP Ö 8 der heutigen Sitzung zu beraten seien. Er ergänzt, dass in der Sitzung des Ausschuss

für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau am 21.11.2013 Einvernehmen bestanden habe, dem Rat zu empfehlen, die Anträge der SPD-Fraktion für eine Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum und der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Thema Wohnbauförderung, TOPs Ö 28.1 und Ö 28.2 der heutigen Sitzung, vor einer weiteren Beratung in den Ausschüssen und abschließenden Entscheidung im Rat dem „Runden Tisch“ zur Beratung vorzulegen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Anträge der SPD-Fraktion für eine Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum und der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Thema Wohnbauförderung, Tagesordnungspunkte Ö 28.1 und Ö 28.2 der heutigen Sitzung, werden vor einer weiteren Beratung in den Ausschüssen und abschließenden Entscheidung im Rat dem „Runden Tisch“ zur Beratung vorgelegt.

Des Weiteren schlägt Herr Urbach vor, TOP N 5 der heutigen Sitzung – Erwerb eines Grundstücks von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Der Infrastrukturausschuss habe in seiner Sitzung am 04.12.2013 den Beschluss gefasst, die Verwaltung zu beauftragen, bei der Suche nach einem Grundstück zur Errichtung eines Abfallcenters zwei ausgewählte Grundstücke in der Reihenfolge der beschlossenen Priorität zu prüfen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage Nr. 0474/2013 – Erwerb eines Grundstücks, Tagesordnungspunkt N 5 der heutigen Sitzung – wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Frau Schundau **beantragt**, dass die Haushaltsberatungen (TOP Ö 8) zu vertagen. Stattdessen solle ein „Runder Tisch“ einberufen werden, an dem alle Fraktionen teilnehmen können. So könne der Haushalt später von allen Fraktionen gemeinsam getragen werden.

Herr Urbach stellt den **Antrag** von Frau Schundau zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen Bündnis 90/ DIE GRÜNEN UND Freie Wähler. Mit den Gegenstimmen der CDU, der FDP und dem Bürgermeister sowie bei Enthaltung der SPD wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.10.2013 - öffentlicher Teil *0604/2013*

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1. Mitteilungen des Bürgermeisters; hier Haushaltsentwicklung 2013 *0661/2013*

Herr Urbach erklärt, dass die Verwaltung den Ausschussmitgliedern mit der Vorlage die aktuelle Haushaltsentwicklung bezüglich der Gewerbesteuer, Gewerbesteuerumlage und der Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer zur Kenntnis gebe.

4.2. Mündliche Mitteilungen

Mitteilung zur „Fairtrade“-Stadt Bergisch Gladbach

Herr Urbach erörtert, dass die Fairtrade-Aktivitäten der Stadt Bergisch Gladbach erfolgreich gewesen seien. Demzufolge könne die Stadt Bergisch Gladbach die Bezeichnung als „Fairtrade“-Stadt für weitere vier Jahre tragen. Nichtsdestotrotz solle das Engagement weiter vorangetrieben werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 20.11.2013 über die Genehmigung der Dienstreisen von Rats- und Ausschussmitgliedern zur 78. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) für den Regierungsbezirk Köln am 05.12.2013 in Sankt Augustin 0606/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 20.11.2013 über die Genehmigung der Dienstreisen der Mitglieder des Rates Robert Martin Kraus, Klaus W. Waldschmidt, Brigitte Schöttler-Fuchs, Berit Winkels, Erich Dresbach, Dr. Reimer Fischer, Tomás M. Santillán und Wilfried Kamp und der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger Sarah Peetz, Jörg Krell, Jadwiga Herkenrath und Herbert Brenneiser zur 78. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des StGB NRW für den Regierungsbezirk Köln am 05.12.2013 in Sankt Augustin wird gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW genehmigt.

6. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2014 *0639/2013*

Herr Urbach erklärt, dass neben den der Vorlage zu entnehmenden Stellenveränderungen der Beschäftigten und Beamten, den Vermerken und Verlagerungen unter den Ziffern 1. bis 4. der Vorlage, für 2014 unter Ziffer 5. der Vorlage auch die Einrichtung neuer Stellen vorgesehen sei. Die Verwaltung habe bei ihren Vorschlägen zur Schaffung neuer Stellen in Anbetracht der Haushaltssituation einen sehr strengen Maßstab angelegt. Allerdings sehe er sich persönlich, aber auch den Rat in der Verantwortung, die durch den finanziell notwendigen strikten Personalabbau der vergangenen Jahre, die hinzugekommenen neuen Aufgaben und die Aufgabenverdichtung entstandenen Mehrbelastungen für die städtischen Beschäftigten in einem maßvollen und vertretbaren Rahmen auszugleichen. Die Belastungssituation sei bekanntlich mittlerweile in vielen Bereichen der Verwaltung derart kritisch, dass sie zu massiven krankheitsbedingten Ausfällen führe. Die Verwaltung treffe bereits Maßnahmen, um die Belastungssituation aufzufangen und baue diese auch weiter aus. Beispielfhaft sei dabei auf Führungskräftebildungen unter anderem mit den Modulen „Grundlagen der Mitarbeiterführung“, „Konfliktmanagement“ und „Gesundheitsorientiertes Führen“, auf die Aktivitäten zur Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements und die Arbeit an einer Fehlzeitenstatistik hinzuweisen. In diesem Zusammenhang stehen auch die beiden Stellen im Fachbereich 1, die es ermöglichen sollen, methodische Organisationsuntersuchungen zeitnaher aufzugreifen und Konzepte der Personal- und Organisationsentwicklung für die Gesamtverwaltung zu entwickeln. Die demografische Entwicklung sei eine Herausforderung, die in ihrem Facettenreichtum noch nicht absehbar sei. Aktuell sei jedoch schon festzustellen, dass selbst gute ausgebildete und eingearbeitete Kräfte sehr viel flexibler als früher seien und sich auch bei anderen öffentlichen Ar-

beitgebern umsehen. Daher müsse nicht nur verstärkt um neue Fachkräfte geworben, sondern auch alles für den Verbleib guter Kräfte bei der Stadt Bergisch Gladbach getan werden. Daher werde ab dem nächsten Jahr alternierende Tele-/Heimarbeit eingeführt werden, um ein weiteres Instrument anzubieten, das die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen solle. Entsprechende Mittel für den Aufbau der IT-Infrastruktur werden über die Änderungsliste im Haushalt der Produktgruppe Informationstechnologie und Logistik vorgeschlagen. Solche Maßnahmen könnten den Entlastungsprozess jedoch nur begleiten. In einigen Bereichen gehe es mittlerweile aber nicht mehr ohne zusätzliches Personal. Dies habe er in seiner Haushaltsrede in der Ratssitzung am 15.10.2013 bereits umfangreich dargestellt. Im Saldo – 22 neue Stellen minus 12 wegfallende Stellen – schlage er deshalb mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag zum Stellenplan 2014 „netto“ 10 zusätzliche Stellen im Vergleich zum Stellenplan 2012/2013 vor. Die Stellungnahme des Personalrates gemäß § 75 LPVG sei der Vorlage als Anlage beigelegt. Das Augenmerk sei auf die letzten beiden Absätze zu richten. Auch der Personalrat stelle eine besorgniserregende Entwicklung und eine unzumutbare Verdichtung der Arbeit fest.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die SPD hinsichtlich der Erhöhung der Personalkosten sehr besorgt sei. Dies sei auch Herrn Wilhelm, Fachbereichsleiter 1 – Personal und Organisation, mitgeteilt worden, der in der Fraktionssitzung der SPD zu Gast gewesen sei. Dort, wo mehr Arbeit anfalle, solle natürlich Personal zu- oder umgesetzt werden. Dies gelte besonders für den Fachbereich 8, nicht zuletzt da hier die Schulsanierungen im Vordergrund stünden. Des Weiteren seien die neuen Stellen im Grünflächenamt sowie im Fachbereich 5 erforderlich. Zu kritisieren seien hingegen die neuen Stellen im Fachbereich 1. Bis zum Jahre 2009 seien dort 55 Stellen vorhanden gewesen, während diese Zahl mit dem vorliegenden Stelleplan für das Haushaltsjahr 2014 auf 61 Stellen angestiegen sei. Dies sei besonders vor dem Hintergrund kritikwürdig, dass im Fachbereich 1 seitdem keine zusätzlichen Aufgaben angefallen, sondern sogar entfallen seien. Die Arbeitsorganisation habe im Jahre 2009 optimal funktioniert. Aufgrund dessen sei fraglich, warum innerhalb dieses Zeitraumes 6 Stellen hinzugekommen seien. Für die SPD sei der Stellenbedarf in diesem Punkt deshalb nicht nachvollziehbar. Der Bürgermeister sei als Personaldezernent für diese Situation direkt verantwortlich. In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses habe die SPD gefordert, dass die Ursachen für die jetzige Personalsituation vorgelegt werden. Aus Sicht der SPD liegen diese nicht nur in der Quantität, sondern auch in der Qualität und somit in der Personalführung. Die SPD werde deshalb der Erweiterung des Personals nur in den Bereichen zustimmen, in denen eine Aufgabenerweiterung zu verzeichnen sei. Er **beantragt** daher, dass über die Stellen unter Ziffer 5.1 einzeln abgestimmt werde.

Herr Urbach weist darauf hin, dass sich die Personalkosten nicht ausschließlich an der Stellenzahl orientieren, sondern auch an der jeweiligen Stellenbewertung. Durch seine Übernahme der Funktion des Personaldezernenten sei es beispielsweise auch zu Kosteneinsparungen gekommen. Zudem seien sehr wohl Aufgaben hinzugekommen. Dies sei insbesondere im IT-Bereich der Fall. So habe sich die Zahl der IT-Arbeitsplätze und der von der IT betreuten Verfahren erhöht. Auch entstehe dadurch ein Mehraufwand, dass sich die Laufzeiten der Produktzyklen verringert haben und vom Rat beschlossene Organisationsuntersuchen durchgeführt werden müssen.

Herr Dr. Fischer erörtert, dass die FDP dem Stellenplan unter dem Vorbehalt zustimmen werde, dass das zusätzliche finanzielle Volumen des Stellenplanes, wie aus Ziffer 10 des Antrags der FDP hervorgehe, um die Hälfte reduziert werde. Dies sei auch Bestandteil des als Tischvorlage vorliegenden Antrags der FDP. Die FDP gehe davon aus, dass 50 % der neuen Stellen durch Umsetzungen besetzt werden können. In der Verwaltung herrsche eine Fluktuation vor, die genutzt werden könne, um Stellen passgerechter zu besetzen. Durch den Einsatz von Controlling könne dieser Spielraum entsprechend genutzt werden. Die optimale Stellenbesetzung sei Aufgabe der Verwaltung, wobei darauf geachtet werden müsse, dass diese im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bleibe. Die Notwendigkeit von Stellenbesetzungen könne von den Ausschuss- und Ratsmitgliedern nicht im gleichen Maß beurteilt werden. Deshalb werde die FDP dem Stellenplan auch nur pauschal

unter der Prämisse zustimmen, dass die Mehraufwendungen für Personal auf 50 % der von der Verwaltung vorgeschlagenen Höhe begrenzt werde. Zudem sei anzumerken, dass ein großer Betrag für Pensionsrückstellungen von Beamten vorgesehen sei, welcher sich auf ca. 2,5 Millionen Euro belaufe. Ein Großteil der Beamten sei im Feuerwehrdienst tätig, weshalb zu überlegen sei, ob dieser Betrag nicht anteilig im Budget des Fachbereichs 3 untergebracht werden könne. Die Kosten des Rettungsdienstes werden schließlich von den Krankenkassen gezahlt. Dieser Aufwand müsse sich auch dort widerspiegeln. So könne der Haushalt entlastet werden.

Herr Urbach erörtert, dass Ziffer 10 des Antrags der FDP darauf abziele, dass die Mehraufwendungen im Kernhaushalt für das Jahr 2014 von veranschlagten 860.000 Euro auch durch interne Umsetzungen auf 430.000 Euro halbiert werden sollen.

Herr Dr. Fischer ergänzt, dass sich diese Halbierung auf den Kernhaushalt beziehe. Für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werde die FDP keine Vorgabe machen. Die zusätzlichen Personalkosten des Immobilienbetriebs seien bereits im Haushalt enthalten, da es sich hier um befristete Arbeitskräfte gehandelt habe.

Herr Urbach merkt an, dass der Vorschlag von Herrn Dr. Fischer bezüglich des Rettungsdienstes einer Prüfung unterzogen werden müsse. Seinem Kenntnisstand zufolge handele es sich bei den dortigen Arbeitskräften vorwiegend um tariflich Beschäftigte. Das Problem der Rückstellungen sei dort deshalb nicht vorhanden.

Herr Haasbach erklärt, dass sich die CDU-Fraktion intensiv mit dem Stelleplan beschäftigt habe und diesem pauschal zustimmen werde. Die dort aufgeführten neuen Stellen seien notwendig. Um trotzdem Einsparungen vorzunehmen, sei es jedoch der Wunsch der CDU, die externen Neubesetzungen erst ab dem 01.07.2014 vorzunehmen. Dadurch könne viel Geld eingespart werden, zumal die Suche nach geeigneten Arbeitskräften einen entsprechenden Zeitraum in Anspruch nehmen müsse. Anzumerken sei, dass es, entgegen der Aussage Herrn Waldschmidts, keinen Zusammenhang zwischen Qualität und Personalführung gebe. Zwar sei nicht abzustreiten, dass die Arbeitsorganisation 2009 problemlos funktioniert habe, doch sei die Fürsorgepflicht damals nicht im gleichen Maß beachtet worden, wie dies heute der Fall sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth erörtert, dass laut Vorlage die Bekämpfung von Schwarzarbeit bis zum Jahresende 2011 vom Rheinisch-Bergischen Kreis wahrgenommen worden sei. Die Jahre 2012 und 2013 seien nicht aufgeführt, wohingegen für das Jahr 2014 ein Stellenzuwachs diesbezüglich vorgesehen sei. Er fragt daher, ob diese Aufgabe in den Jahren 2012 und 2013 nicht ausgeübt worden sei oder ob es neue äußere Einflüsse gebe, die die Einrichtung der Stellen erforderlich machen. Die Bekämpfung von Schwarzarbeit sei zu begrüßen, jedoch sei nicht ersichtlich, weshalb hierfür im Jahr 2014 zwei Stellen eingerichtet werden müssen.

Herr Mumdey antwortet, dass Herr Widdenhöfer und er es als wirtschaftlicher erachtet hätten, wenn diese Aufgabe auch weiterhin vom Rheinisch-Bergischen Kreis wahrgenommen worden wäre. Der Kreis hätte sich dazu nur bereit erklärt, wenn die Stadt Bergisch Gladbach auch zusätzlich anfallende Kosten gezahlt hätte. Infolge dessen sei der Entschluss gefasst worden, diese Aufgabe selbst wahrzunehmen, da dies in Anbetracht der Höhe der Kosten wirtschaftlicher sei. Aus diesen Gründen sei die Aufgabe seitens der Stadt Bergisch Gladbach bisher nicht ausgeführt worden, was sich im nächsten Jahr jedoch ändern solle.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob demnach in den Jahren 2012 und 2013 ein bestimmter Betrag an den Kreis abgeführt worden sei, welcher nun wieder frei werden würde.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass der Kreis diese Aufgabe für einen Zeitraum von 10 Jahren wahrgenommen habe und über die eingekommenen Gebühren finanziert habe. In den Jahren 2012 und

2013 sei die Stadt Bergisch Gladbach aufgrund Personalmangels nicht in der Lage gewesen, diese Pflichtaufgabe in geeigneter Weise auszuüben. Zwar sei mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis über eine erneute Kooperation verhandelt worden, welche jedoch von diesem abgelehnt worden sei. So sei es nun an der Zeit, eine entsprechende Abteilung aufzubauen. Dazu bestehe auch eine hohe Dringlichkeit, da sich in den letzten beiden Jahren diesbezüglich Arbeit angehäuft habe, die nun abgearbeitet werden müsse.

Herr Dr. Baeumle-Courth regt an, dass die Stadt Bergisch Gladbach IT-Kooperationen sowie Ausbildungs- und Studienmodelle mit entsprechenden Partnern prüfen sollte. So könne der Wissenstand zu einem vergleichsweise moderaten Preis aufgebaut und erweitert werden.

Herr Urbach nimmt die Anregung auf.

Herr Dr. Baeumle-Courth erklärt, dass der aus der Vorlage ersichtliche hohe Krankenaufstand aufgefallen sei. Dieser sei auch durch systematische Überforderung zu begründen, welche durch Kostendeckelungen entstände. Insofern vertreten Bündnis 90/ DIE GRÜNEN die Meinung, dass die Einsparungen beim Personal nicht zu hoch ausfallen dürfen. Bezüglich der im Schreiben des Personalrates erwähnten Stelle des Baustellenmanagements sei jedoch erforderlich, dass zunächst eine Stellenbeschreibung erfolge. Auch die erwähnten Einsparungen bei den Hausmeistern seien mit Skepsis zu betrachten. Nichtsdestotrotz sei die Höhe der Kosten ein Faktor, der nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Der Vorschlag der FDP sei zwar aus kostentechnischer Sicht nachvollziehbar, weise hinsichtlich der resultierenden Wirkungen aber keine Nachhaltigkeit auf. Anstatt der Budgetkürzungen sei es möglicherweise sinnvoller, Stellen komplett wegfällen zu lassen oder die Besetzung aufzuschieben. Deshalb müsse darauf geachtet werden, welche Verflechtungen die jeweilige Stelle aufweise. In diesem Zusammenhang **beantragen** Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, dass nach Ablauf von zwei Jahren, also im Jahr 2016, die Notwendigkeit und Bewertung der neuen Stellen 3-1 – Baustellenmanagement, 3-34 – Sachbearbeitung Standesamt, 3-37 – Sachbearbeitung Feuerwehr (Verwaltung), 7-69 – Sachbearbeitung Abfallwirtschaftsbetrieb (Verwaltung) - und 7-69 – Innentadtreinigung - überprüft werden solle. Zwar sei die Motivation für die Einrichtung der betreffenden Stellen durchaus ersichtlich, aber für die Ratsmitglieder sei nicht bewertbar, ob damit eine Daueraufgabe verbunden sei oder nicht. Damit sei zwar keine Ersparnis für den Haushalt 2014 verbunden, jedoch könnten die Folgekosten gedämpft werden. Sofern der Stelle 1-10 – Organisation und Personalentwicklung - zugestimmt werde, müsse nach einer angemessenen Zeitspanne der Nutzen dieser Stelle überprüft werden. Es wäre wünschenswert, dass daraus eine Prozessoptimierung resultiere. Zudem stimme er Herrn Haasbach dahingehend zu, dass Neueinstellungen zum 01.07.2014 realistisch seien und zu einer Halbierung der Kosten für die entsprechenden Stellen in 2014 führen. Die Folgekosten entstünden aber gleichwohl. Sinnvoll wäre es zudem, Stellen auf ihre Rentabilität zu überprüfen, sofern davon nicht Pflichtaufgaben betroffen seien. Dies beträfe in den meisten Fällen Stellen, die Einnahmen sicherstellen sollen. Es sei daher wünschenswert, wenn ein Controlling für die Folgejahre eingerichtet werden könne. Zudem bitten Bündnis 90/ DIE GRÜNEN die Verwaltung betreffend der Stelle 3-34 – Sachbearbeitung Standesamt - zu prüfen, inwiefern die Gebühren für die standesamtlichen Dienste angepasst werden können.

Herr Urbach erklärt, dass es sich bei der Stelle 3-1 – Baustellenmanagement - um eine neue Aufgabe handele. Eine überschlägige Bewertung habe ergeben, dass die Stellenbeschreibung dieser Stelle ungefähr die Wertigkeit A11 haben werde. Es sei deshalb eine bereits vorhandene Stelle unter gleichzeitiger Neubewertung verlagert worden.

Herr Zalfen fragt, ob der Antrag der FDP so zu verstehen sei, dass die vorgeschlagenen 12 Stellen aus dem Stellenplan entfallen sollen und die restlichen 10 Stellen um die Hälfte gedeckelt werden, so dass nur 5 Stellen besetzt werden sollen.

Herr Urbach schlägt vor, dass der Antrag der CDU, Neueinstellungen erst ab dem 01.07.2013 vorzunehmen, mit dem der FDP verknüpft werden könne. So entstehe sowohl ein zeitlicher als auch ein finanzieller Deckel.

Herr Mömkes fragt, ob die von Herrn Dr. Baeumle-Courth vorgeschlagene Befristung auf zwei Jahre darauf abziele, dass nach zwei Jahren überprüft werden solle, ob eine Streichung oder Beibehaltung der jeweiligen Stelle erforderlich sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth bestätigt dies.

Herr Mömkes erklärt, dass die CDU dem Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zustimmen werde.

Herr Widdenhöfer erörtert, dass bei einer internen Besetzung neuer Stellen die freigewordenen Stellen über diesen Zeitraum provisorisch frei bleiben müssten. Dies sei schwierig, zumal zum Beispiel die Einrichtung der Stelle 3-34 – Sachbearbeitung Standesamt - dem dort immensen Arbeitsaufkommen entgegen wirken solle und daher zur dauerhaften Aufgabenwahrnehmung vorgesehen sei. Auch wäre die beantragte Befristung von Stellen auf zwei Jahre teilweise rechtlich nicht umsetzbar. Betreffend der Stelle 3-37 – Sachbearbeitung Feuerwehr (Verwaltung) - sei beispielsweise ohnehin nur die Einstellung von Beamten zulässig. Eine befristete Einstellung von Beamten sei rechtlich nicht möglich. Auch die festgelegten Gebühren für die Dienste des Standesamtes seien gesetzlich normiert und könnten nicht erhöht werden.

Herr Urbach fragt, ob die Gebühren für Trauungen an Samstagen oder an besonderen Orten auch, wie die Standardgebühren, gesetzlich festgelegt seien.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass auch diese Gebühren vom Gesetzgeber festgelegt seien.

Herr Urbach regt an, dass statt einer befristeten Besetzung der Stellen, die Notwendigkeit der Einrichtung der Stellen nach Ablauf von zwei Jahren überprüft werden könne.

Herr Dr. Baeumle-Courth führt an, dass dies die Intention sei und die Einrichtung und Bewertung der Stellen nach zwei Jahren nochmals überprüft werden solle. Auch im Beamtenbereich sei es dann möglich, eine Stelle mit weiteren Aufgaben auszufüllen, sofern eine Überprüfung verdeutliche, dass eine Notwendigkeit für diese nicht in vollem Umfang bestehe.

Frau Schundau merkt an, dass die CDU beantragt habe, erst ab dem 01.07.2014 Neueinstellungen vorzunehmen. Dabei sei auf externe Besetzungen abgezielt worden. Nun heiße es, dass es sich dabei um interne Umbesetzungen drehe. Dadurch könne keine Kostenersparnis von 50 % erzielt werden.

Herr Urbach erklärt, dass keine Mehrkosten durch interne Umbesetzungen entstünden. Mit der Verschiebung der externen Einstellungen auf einen späteren Zeitpunkt oder einer Deckelung der Mehraufwendungen sei eine Kostenersparnis möglich.

Herr Kamp fragt, ob sich die Rückstellungen für die Rettungsdienste in der Gebührenkalkulation niederschlagen würden, da davon auch Feuerwehrbeamte betroffen seien. Zudem habe Herr Urbach den Auftrag gegeben, ein neues Stadthaus zu bauen. Es wäre daher wichtig, dass die Stellen im Vorfeld eingerichtet würden, damit sie bei der Raumplanung berücksichtigt werden könnten. So könne festgestellt werden, wie viel Platz und wie viele Stellen vorhanden seien. Es sei auch wichtig, dass die betroffenen Mitarbeiter eine Sicherheit bezüglich ihrer Stellen hätten. Er bitte daher, eine umfassende Organisationsuntersuchung durchzuführen. Dieser Zeitpunkt sei nun gegeben.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass zwischen den Besetzungen der Rettungsdienste unterschieden werden müsse. Die Krankentransportwagen werden überwiegend von Beschäftigten besetzt, während die Rettungs- und Notarzteinsatzfahrzeuge zum Großteil von den Feuerwehrbeamten besetzt werden. Die anfallenden Kosten werden daher prozentual im Rettungsdienst berücksichtigt. Dies betreffe auch die Versorgungsrückstellungen.

Herr Urbach ergänzt, dass es keinen Bauauftrag für ein etwaiges neues Stadthaus gebe. Die Thematik werde aber intern und extern umfassend geprüft.

Herr Hoffstadt fragt, ob die neu zu besetzenden Stellen zunächst nur intern oder auch extern ausgeschrieben werden. Sofern eine interne Besetzung vorgesehen sei, könne nicht bis zum 01.07.2014 gewartet werden.

Herr Urbach antwortet, dass im Falle eines positiven Beschlusses zum Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN keine externen Einstellungen vor dem 01.07.2014 vorgenommen werden sollen.

Herr Hoffstadt fragt, ob eine interne Umbesetzung davon abgesehen schon vor dem 01.07.2014 möglich sei.

Herr Urbach bestätigt dies.

Herr Dr. Fischer fragt, ob der Kreis die Aufgabe der Überwachung von Schwarzarbeit bisher stillschweigend übernommen habe und keine Kostenerstattung seitens der Stadt Bergisch Gladbach erfolgt sei. Zudem möchte er wissen, ob die anfallenden Einnahmen aus Bußgeldern der Stadt Bergisch Gladbach zufließen.

Herr Widdenhöfer antwortet, dass der Kreis die Aufgabe anhand einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung übernommen habe. Diese hätte über eingenommene Gebühren und Bußgelder finanziert werden sollen. Da die Refinanzierung jedoch nicht habe sichergestellt werden können, sei die Wahrnehmung der Aufgabe wieder der Stadt Bergisch Gladbach übertragen worden. In den Jahren 2012 und Jahr 2013 sei versucht worden, die Aufgaben mit vorhandenem Personal zu erfüllen. Dies habe aufgrund des Personalmangels nur teilweise funktioniert. Daraufhin sei nochmals mit dem Kreis verhandelt worden. Dessen Forderung sei aber zu hoch gewesen, so dass die Aufgabe bei der Stadt Bergisch Gladbach verblieben sei.

Herr Waldschmidt fragt, ob der Antrag der CDU zur Stellenbesetzung ab dem 01.07.2014 auch die Stelle 8-650 - Aufstockung von Bauinvestitionsmitteln - in der Hochbauplanung betreffe. Diese Stelle ziele auch auf die Schulsanierungen des Schulzentrums Saaler Mühle und des NCG ab und müsse wahrscheinlich extern besetzt werden. Da es bei den Sanierungen bereits zu erheblichen Verzögerungen gekommen sei, erachte die SPD einen Aufschub für die Besetzung dieser Stelle für unratsam. Zudem fragt er, ob die neuen Stellen 1-10 und 1-11 im Fachbereich 1 erforderlich seien. Diese dienen der Personalentwicklung. Bis zum Jahr 2009 sei diesbezüglich mit anderen Kommunen kooperiert worden. Es sei daher fraglich, ob es nicht sinnvoller wäre, die interkommunale Zusammenarbeit zu reaktivieren. Weiter möchte er wissen, inwieweit bezüglich des IT-Bereiches abgeklärt worden sei, ob Aufgaben, welche seitens der Stadt Bergisch Gladbach wahrgenommen werden, im Rahmen der Zusammenarbeit mit der KDVZ Iserlohn von dieser ausgeführt werden könnten. Des Weiteren **beantragt** er, den Umfang der neuen Stelle 5-550 – Fachberatung Familienbildung und Kinder- und Jugendarbeit - von +1,0 auf +1,5 zu erhöhen, um zur Entwicklung der Jugendarbeit in Bergisch Gladbach eine halbe Stelle einzurichten.

Herr Urbach antwortet, dass die interkommunale Zusammenarbeit fortgeführt werde. Gerade mit den Kommunen gleicher Größe bestehe ein sehr enger Kontakt, da dort eine hohe Vergleichbarkeit hergestellt werden könne. Betreffend IT sei anzumerken, dass 70% der beschäftigten Mitarbeiter

dieser Abteilung in den nächsten 7 Jahren aus dem Dienst ausscheiden. Dies resultiere daraus, dass mit der Auflösung der Datenzentrale Leverkusen ungefähr gleichaltriges Personal auf die Kommunen verteilt worden sei. In diesem Bereich sei es schwierig, geeignetes Fachpersonal zu finden.

Herr Kraus merkt an, dass die Schaffung von zehn neuen Stellen auch aus dem hohen Krankheitsstand und der Arbeitsüberlastung resultiere. Dies müsse berücksichtigt werden. Zudem sei zu beachten, welche Aufgaben mit den jeweiligen Stellen verbunden seien und dass bei Verzicht auf eine Besetzung bestimmte Leistungen nicht mehr oder zumindest nicht im angemessenen Umfang gewährleistet werden können. Die Auffassung von Herrn Widdenhöfer, dass befristete Stellen zu einem beamtenrechtlichen Problem werden könnten, teile er nicht. Bei der Stadt Köln sei dies das übliche Verfahren.

Herr Kleine fragt, ob die Einrichtung von neuen Stellen im IT-Bereich dazu führe, dass Sachaufwendungen, wie der Einkauf von Dienstleistungen, entfallen. Die Stellen könnten so gegenfinanziert werden.

Herr Urbach bestätigt dies.

Herr Haasbach erklärt betreffend der Frage von Herrn Waldschmidt, dass es wahrscheinlich gar nicht möglich wäre, zum Beispiel die Stelle 8-650 vor dem 01.07.2014 zu besetzen. Dies sei schon aufgrund von Kündigungsfristen nahezu ausgeschlossen. Nichtsdestotrotz teile die CDU die Auffassung, dass die Stelle eine große Bedeutung habe. So solle zwar der Antrag der CDU wie vorgelegt bestehen bleiben, sofern jedoch eine qualifizierte Kraft für die Stelle vor dem 01.07.2014 gefunden werde, könne darüber gesondert in einer Ausschusssitzung entschieden werden.

Herr Urbach stellt die Anträge der FDP und der CDU gemeinsam zur Abstimmung.

Gegen die **Anträge** stimmen DIE LINKE./BfBB und drei Ausschussmitglieder der SPD bei Enthaltung der Freien Wähler und einer Enthaltung eines Ausschussmitglieds der SPD. Mit den Stimmen der CDU, der FDP und der FDP werden die Anträge mehrheitlich **angenommen**:

Die Mehraufwendungen für Personal werden für das Jahr 2014 auf 50 % (um 430.000 Euro) reduziert, wobei 50 % durch interne Umsetzungen abzudeckeln sind. Die geplanten externen Neueinstellungen werden erst ab dem 01.07.2014 vorgenommen.

Herr Urbach stellt den Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Der **Antrag** wird einstimmig **angenommen**:

Nach Ablauf von zwei Jahren, also im Jahr 2016, wird die Notwendigkeit und Bewertung der neuen Stellen 3-1 – Baustellenmanagement, 3-34 – Sachbearbeitung Standesamt, 3-37 – Sachbearbeitung Feuerwehr (Verwaltung), 7-69 – Sachbearbeitung Abfallwirtschaftsbetrieb (Verwaltung) - und 7-69 – Innenstadtreinigung überprüft.

Herr Urbach stellt den Antrag der SPD, den Umfang der neuen Stelle 5-550 – Fachberatung Familienbildung und Kinder- und Jugendarbeit von +1,0 auf +1,5 zu erhöhen, um zur Entwicklung der Jungenarbeit in Bergisch Gladbach eine halbe Stelle einzurichten, zur Abstimmung.

Herr Mömkes erklärt, dass die CDU dem Antrag nicht zustimmen werde. Die Arbeit könne auch vom Gleichstellungsbüro mit dem dort vorhandenen Personal geleistet werden.

Für den **Antrag** stimmen SPD, DIE LINKE./ BfBB ein Ausschussmitglied aus den Reihen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Mit den Gegenstimmen von CDU, FDP und dem Bürgermeister sowie

bei Enthaltungen der SPD, den Freien Wählern und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Urbach die Beschlussvorschläge zu den Ziffern des Beschlussvorschlages in der Vorlage auf Antrag der SPD getrennt zur Abstimmung und der Haupt- und Finanzausschuss beschließt dem Rat folgende **Beschlussempfehlungen** zugeben:

Ziffer 1 wird **zur Kenntnis genommen**.

Ziffer 2 wird einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler, DIE LINKE./BfBB und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN **beschlossen**.

Ziffer 3 wird mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 4 wird **zur Kenntnis genommen**.

Ziffer 5.1, Stellen 1-10/1-11 - Organisations- und Personalentwicklung, 1-12 – IT-Organisation, 1-12 - IT-Beschaffung - werden mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN **beschlossen**.

Ziffer 5.1, übrige Stellen, werden einstimmig **beschlossen**.

Ziffer 5.2 wird einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN **beschlossen**.

Ziffer 5.3 wird mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler **beschlossen**

Ziffer 5.4 wird mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 5.5, Stelle 6-1 - Denkmalschutz - wird mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Freie Wähler und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN **beschlossen**.

Ziffer 5.5, übrige Stellen werden einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler und einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN **beschlossen**.

Ziffer 5.6, Stellen 7-673 - Sachbearbeitung Friedhofsverwaltung -, 7-6731 - Friedhofsarbeiter -, 7-684 - Sachbearbeitung Schmutzwassergebühren werden einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 5.6, Stelle 7-69 - Sachbearbeitung Abfallwirtschaftsbetrieb (Verwaltung) - wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 5.6, Stellen 7-69 - Abfallsammlung - wird einstimmig bei Enthaltung der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 5.6, Stelle 7-69 - Innenstadtreinigung - wird einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 5.7, Stellen 8-24-1038, 8-24-1039, 8-24-1040, 8-24-1041 - ReinigerInnen - werden mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler **beschlossen**.

Ziffer 5.7, übrige Stellen, werden mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler **beschlossen**.

In zusammengefasster Darstellung der vorstehenden Beschlüsse hat der Haupt- und Finanzausschuss damit beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage ergänzte Beschlussempfehlung zu geben:

Die unter den Punkten 2, 3 und 5 der Vorlage dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Die Mehraufwendungen für Personal werden für das Jahr 2014 auf 50% (um 430.000,- EUR) reduziert, wobei 50% durch interne Umsetzungen abzudecken sind.

Die geplanten externen Neueinstellungen werden erst ab dem 01.07.2014 vorgenommen.

Nach Ablauf von zwei Jahren, also im Jahr 2016, wird die Notwendigkeit und Bewertung der neuen Stellen 3-1 – Baustellenmanagement, 3-34 – Sachbearbeitung Standesamt, 3-37 – Sachbearbeitung Feuerwehr (Verwaltung), 7-69 – Sachbearbeitung Abfallwirtschaftsbetrieb (Verwaltung) und 7-69 – Innenstadtreinigung überprüft.

Im Übrigen wird Kenntnis genommen.

7. Teilhaushalte 2014 in der Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses

7.1. Haushalt 2014 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130 *0620/2013*

Herr Dr. Fischer fragt, was sich hinter der Bezeichnung „Personalreserve“ verberge. Er möchte wissen, wie diese genutzt und verbucht werde. Es sei bereits vorgekommen, dass Stellen aus der Personalreserve für Tätigkeiten aus anderen Fachbereichen kostenwirksam genutzt worden seien. Aufgrund dessen bittet er, dies schriftlich darzustellen.

Herr Urbach sagt dies zu. Er ergänzt, dass Ziffer 2 des am 10.12.2013 eingegangenen Antrages der CDU wegen Sachzusammenhang ebenfalls unter TOP Ö 7.1 beraten werden könne.

Herr Mömkes erklärt, dass die CDU Ziffer 2 ihres Antrages zurückziehe.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme der Freien Wähler bei Enthaltung der SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE./ BfBB dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallenden Teilhaushalte werden beschlossen.

7.2. Haushalt 2014 - Teilhaushalt FB 3 0645/2013

Herr Dr. Baeumle-Courth **beantragt**, die Verwaltung mit dem Prüfauftrag zu beauftragen, welche Einnahmen zur Optimierung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes durch einen Wegfall der sog. „Brötchentaste“ realisierbar sein können, wozu flankierend mit den Händlergemeinschaften Gespräche aufzunehmen sind mit dem Ziel, dass sich die Händlerschaft an den Parkkosten beteiligt, beispielsweise durch Erstattung von 50 Cent je Einkauf ab einer gewissen Höhe.

Herr Urbach stellt den Antrag von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB **angenommen**.

Herr Urbach weist darauf hin, dass Ziffer 1 des am 10.12.2013 eingegangenen Änderungsantrages der FDP auch den Teilhaushalt des Fachbereiches 3 zuzuordnen sei und deshalb wegen Sachzusammenhangs ebenfalls nun beraten werden solle.

Herr Dr. Fischer erklärt, dass sich die FDP um die Fortführung des Haushaltssicherungskonzeptes Sorge. Es habe zwar geheißen, dass das aufgestellte HSK alle Bedingungen erfülle, jedoch gebe es erhebliche Risiken. So sei nicht klar, wie sich die Situation um die Landeszuweisung und eine Schuldenbremse zukünftig entwickeln werde. Deshalb müsse geprüft werden, ob es nicht noch Positionen im Haushalt gebe, an denen Einsparungen vorgenommen werden könnten. Die FDP habe in ihrem ersten Antrag deutlich dargestellt, dass die Kosten in den verschiedenen Produktgruppen seit 2011 deutlich gestiegen seien. Die Stellungnahmen der Verwaltung dazu seien jedoch nur teilweise plausibel gewesen. Es sei deutlich geworden, dass in den zusätzlichen Kosten erhebliche Mittel für einmalige Leistungen, wie Rückstellungen der RVK, enthalten seien. Schon der erste Antrag der FDP habe gezeigt, dass es sich dabei um eine einmalige Ausgabe handele, die herausgerechnet werden könne. Infolgedessen sei der nun vorliegende zweite Antrag formuliert worden, in dem dies geschehen sei. Trotzdem sei deutlich, dass das ursprüngliche Ziel des HSK noch weit entfernt sei. Deshalb habe die FDP nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten gesucht, welche nun im vorliegenden Antrag zur Abstimmung gestellt werden sollen. Sofern die Verwaltung bei einigen Positionen eine differierende Auffassung trete, sei die FDP bereit, Umschichtungen vorzunehmen. Es solle jedoch das Ziel sein, ca. 1 Millionen Euro an Kosten zu sparen. Ein erheblicher Anteil könne durch die Verzögerungen von Neueinstellungen erreicht werden.

Herr Kleine kritisiert die pauschalen Kürzungsvorschläge der FDP. Unter den Einsparungen müssten letztlich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bergisch Gladbach leiden. Der Antrag der FDP lasse jegliche Maßnahmen, mit denen die Sparvorschläge umgesetzt werden sollen, vermissen. Dass gespart werden müsse, sei bekannt. Jedoch müssen konkrete Leistungen benannt werden, die dann entfallen sollen. Erst dann könne über den Vorschlag diskutiert werden. So würde diese Aufgabe auf die Verwaltung geschoben.

Herr Dr. Baeumle-Courth schließt sich den Ausführungen Herrn Kleines an. Herr Kraus habe zuvor bereits erwähnt, dass solche Vorschläge nur gemacht werden können, wenn auch Aufgaben benannt werden, die reduziert werden sollen. Vor allem Ziffer 2 des Antrags der FDP könne er persönlich nicht folgen. Dabei gehe es um Kürzungen in den Bereichen VHS, Stadtbücherei, Haus der Musik und dem Stadtarchiv. In diesen Bereichen seien die finanziellen Mittel ohnehin schon sehr knapp bemessen. Bündnis 90/ DIE GRÜNEN könne eine dortige Kürzung, vor allem in diesem Umfang, so nicht mittragen. Zwar sei dies ein im Gesamthaushalt kleiner Betrag, der aber gerade bei den betroffenen Positionen für erhebliche Einschnitte sorgen werde. Auch betreffend die anderen Punkte werde bei einer solch pauschalen Kürzung nicht deutlich, wie die Leistungen in Zukunft gestaltet werden sollen. Zudem merkt er an, dass unter Hinweis 7 der Vorlage 0662/2013 zu TOP Ö 8, Vinzenz-Palotti-Straße, eine Belastung von 335.000 Euro aufgeführt sei. Zwar werde ein Teil davon über Erschließungsbeiträge refinanziert, doch sei es in jenem Gewerbegebiet zweifelhaft, ob es

einen anderen Partner für die Erschließungskosten in naher Zukunft geben werde. Die Vorlage 0662/2013 erhalte auch einen Hinweis zur Fußgängerzone in Bensberg. Darin heiße es, dass eine Neugestaltung dieser geplant sei. Es wäre erfreulich, wenn dies umgesetzt werden könne

Herr Urbach weist darauf hin, dass Herr Dr. Fischer sich zwar als Antragssteller zum Antrag der FDP betreffend TOP Ö 8 geäußert habe, vorliegend aber TOP Ö 7.2 beraten werde. Nur die Ziffer 1 des Antrages der FDP beziehe sich auf den Teilhaushalt des Fachbereiches 3.

Herr Waldschmidt kritisiert den Antrag der FDP. Dieser solle nur die Abgrenzung zur CDU im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014 zum Ausdruck bringen. Der Antrag sei inhaltlich inakzeptabel. Zwar werden Summen, die eingespart werden sollen, benannt, jedoch keine konkreten Positionen. Außerdem werde nicht deutlich, welche Auswirkungen damit verbunden seien. In seiner vorliegenden Form sei der Antrag haushaltspolitisch nicht zu vertreten.

Herr Mömkes erklärt, dass bereits 50 % der Personalkosten durch den Antrag der CDU unter TOP Ö 6 eingespart werden können. Die CDU werden den Ziffern 2 und 4 des FDP-Antrags vorbehaltlich zustimmen. Allerdings habe der Antrag aufgrund seiner Kurzfristigkeit noch nicht innerhalb der Fraktion beraten werden können.

Herr Urbach stellt Ziffer 1 des Änderungsantrages der FDP - zur Minderung der Sachleistungen 002.330 – Bürgerbüro – um 150.000,- Euro - zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmen SPD und DIE LINKE./ BfBB. Mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und dem Bürgermeister bei Enthaltung der Freien Wähler wird der Antrag damit mehrheitlich **angenommen**.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./ BfBB bei Enthaltung von SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und den Freien Wähler, dem Rat folgende **ergänzte Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Teilhaushalte, die den Fachbereich Recht, Sicherheit und Ordnung betreffen, werden beschlossen.

Die Sachleistungen 002.330 – Bürgerbüro - werden um 150.000 Euro gemindert.

8. Haushalt 2014 *0662/2013*

Herr Urbach erklärt, dass der Haushalt 2014 am 15.10.2013 im Rat eingebracht und zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen worden sei. Die in den Haushaltsberatungen der Fachausschüsse gefassten Beschlüsse seien in der Vorlage sowie der als Tischvorlage vorliegenden Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung dargestellt. Der Haupt- und Finanzausschuss habe gemäß § 59 Absatz 2 GO NRW die Haushaltssatzung vorzubereiten. Seit der Entwurf der Haushaltssatzung 2014 eingebracht worden sei, hätten sich Änderungen ergeben, über die mit der Vorlage informiert werde. Den der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.12.2013 erteilten Prüfauftrag habe die Verwaltung bearbeitet. Das Prüfergebnis sei der vorliegenden aktualisierten Anlage zur Tagesordnung als Anlage beigelegt. Eine ergänzende Information bezüglich der Personalkostenentwicklung wurde den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 03.12.2013 übersandt. Hierzu habe es eine Korrektur. Im dritten Absatz der Anlage zu dem Schreiben unter „Grundsätzliche Anmerkungen“ müsse es richtig heißen: „Der Tarifvertrag der Länder (TV-L) aus dem Jahre 2013 (usw.)“. Dieser Abschluss für die Tarifbeschäftigten des Landes

NRW sei mit dem Besoldungsanpassungsgesetz auf die kommunalen Beamten übertragen worden. In 2014 stünden die Tarifverhandlungen zum TVöD an, die die kommunalen Tarifbeschäftigten unmittelbar betreffen. Für die weitere Beratung des Haushalts habe er folgenden Ablauf vorgesehen:

1. Beratung des vorliegenden Antrags der FDP-Fraktion zur Überarbeitung des Haushalts (Ziffer 2 – 9)
2. Beratung des Antrags der CDU-Fraktion zur Überarbeitung des Haushalts (Ziffer 1 und 3)
3. Beratung des vorliegenden schriftlichen Änderungsantrags der Fraktion Freie Wähler zum Haushalt
4. Beratung der einzelnen Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen
5. Abschließende Beratung und Abstimmung des so geänderten Beschlussvorschlages zum Haushalt 2014 als Beschlussempfehlung an den Rat.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen über diese Ablauffolge.

Herr Wilhelm merkt an, dass die Verminderungen des Personalaufwandes betreffend Ziffer 5 des FDP-Antrags problematisch seien. In dieser Produktgruppe gebe es bereits vertragliche Bindungen. Es handle sich dabei um die Stelle der Abteilungsleitung für die Stadtplanung im Fachbereich 6. Diese solle im Januar neu besetzt werden, weshalb auch schon das Bewerbungsverfahren abgeschlossen sei. Sofern beim Antrag nur auf den Personalaufwand abgestellt werde, könne es zu Problemen kommen. Möglich sei hingegen eine pauschale Zusammenfassung bezüglich des Aufwandes der Produktgruppe.

Herr Dr. Fischer zeigt sich einverstanden, dass die Formulierung „Personalaufwand“ in „Aufwand“ geändert werde.

Herr Urbach ergänzt, dass dies auch mit Einsparungen bei Sachkosten kompensiert werden könne.

Herr Zalfen merkt an, dass Herr Mömkes erklärt habe, die CDU wolle nur den Ziffern 2 und 4 des Antrages der FDP vorbehaltlich zustimmen wolle. Von einer Abstimmung des gesamten Antrags sei deshalb abzusehen.

Herr Urbach merkt an, dass im Haupt- und Finanzausschuss nicht über die vorbehaltliche Zustimmung einer Gesamtfraktion abgestimmt werde, sondern die Ausschussmitglieder über den Antrag der FDP abstimmen.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob zwischenzeitlich eine Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer vorliege. Die Rücknahme des Kürzungsbeschlusses zugunsten des Bergischen Löwen sei erfreulich. Jedoch müsse auch innerhalb der Fraktion zwischen den Kultur- und Finanzexperten Einvernehmen herrschen, welches Kulturangebot mit welchen Mitteln finanzierbar sei. Oft entstehe eine Kluft zwischen den Wünschen der Kulturliebhaber und den Mitteln, die die Finanzexperten genehmigen wollen. Zu Ziffer 3 des CDU-Antrags sei anzumerken, dass dieser keine substantielle Änderung herbeiführe, sondern lediglich die Betrachtungsweise ändere.

Herr Hoffstadt fragt, welche Auswirkungen mit der Änderung der Ziffer 5 des FDP-Antrags verbunden seien.

Herr Urbach antwortet, dass die Aufwandposition in dieser Produktgruppe um 50.000 Euro reduziert werde.

Herr Urbach stellt die Ziffern 2 bis 9 des modifizierten Antrags der FDP, zu einer pauschalen Einsparung bei Stadtbücherei, VHS, Haus der Musik und Archiv von 60.000 Euro, Minderung 008.495 – Aufwand Sportstätten – um 40.000 Euro, Minderung Aufwand 009.610 – Räumliche Planung –

um 50.000 Euro, Minderung 009.610 – Stadt-/Verkehrsentwicklungsplanung – um 40.000 Euro, Minderung 012.760 – Personal Verkehrsflächen – um 100.000 Euro, Minderung 013.770 – Personal öffentliches Grün – um 50.000 Euro, Minderung 013.775 – Sachleistungen Friedhofs/Bestattungswesen um 50.000 Euro, zur Abstimmung.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE./ BfBB **angenommen**.

Herr Urbach stellt Ziffer 1 des Antrags der CDU, Rücknahme des Kürzungsbeschlusses zum Theaterzuschuss in Höhe von 90.000,- EUR (Finanzierung erfolgt unter Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag des ABKSS durch 20.000,- EUR Einnahmeverbesserung der Bergischer Löwe GmbH durch Abschluss eines „Werbevertrages“ mit dem Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AÖR, 45.000 Euro aus nicht ausgeschöpften Mitteln im Korridor der freiwilligen Leistungen und 25.000,- EUR Reduzierung der Kostenmiete für die Städtische Galerie Villa Zanders), zur Abstimmung.

Der Antrag wird einstimmig **angenommen**.

Herr Urbach stellt Ziffer 3 des Antrags der CDU, zur Erhöhung des Ansatzes der Gewerbesteuer um 50% des Durchschnitts der Differenz der Gewerbesteuer-Ansätze und tatsächlichen Einnahmen der letzten drei Jahre, zur Abstimmung. Herr Urbach merkt an, dass die Auswirkungen im Falle einer Annahme des Antrags zur Ratssitzung am 17.12.2013 dargestellt werden müssten. Es handele sich dabei um den Nettobetrag des Gewerbesteuermehrertrages abzüglich der Gewerbesteuerumlage.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE./BfBB und Freie Wähler wird der Antrag einstimmig **angenommen**.

Herr Urbach erklärt, dass folgend der Antrag der Freien Wähler beraten werde. Bezüglich Ziffer 1 des Antrags sei es unstrittig, dass die Haushaltskonsolidierung auf Jahre höchste Priorität besitze und nur dann Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn die im HSK festgeschriebenen Maßnahmen konsequent umgesetzt werden. Daher sei die Verbindlichkeit des HSK bereits im Haushalt verankert, nämlich in § 8 Satz 2 der Haushaltssatzung. Dort heiße es, die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen seien bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen. Praktisch werde dies in erster Linie durch ein unterjähriges Controlling der HSK-Ziele begleitet, das die Möglichkeit der Gegensteuerung eröffne. Aufgrund der derzeit absehbaren negativen Veränderungen (-350.000 €) sei beabsichtigt, für den Haushalt 2015 das HSK grundlegend zu überprüfen und fortzuschreiben, um das Ziel des Haushaltsausgleichs innerhalb des zehnjährigen Finanzplanungszeitraumes nicht zu gefährden. Für den Haushalt 2014 sei dies jedoch nicht mehr realisierbar gewesen. Den Ausschussmitgliedern sei die zehnjährige Finanzplanung nochmals zur Verfügung gestellt worden. Daraus ginge hervor, dass durch die Senkung der Kreisumlage der Haushaltsausgleich bereits 2020 sichergestellt werden könne. De facto werde jedoch schon zuvor mit dem Schuldenabbau begonnen, da im Haushalt auch nicht-liquide Mittel veranschlagt seien.

Herr Kamp führt an, dass Ersatzziele gesucht werden sollten, sofern geplante Einsparungen zur Deckelung neuer Aufwendungen, wie beispielsweise den Zuschuss für den Bergischen Löwen, genutzt werden. Daran sollten sich alle Fraktionen beteiligen. Ansonsten könne eine erneute Vorlage der so genannten „Tränenliste“ schon zu spät sein. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sollten dazu genutzt werden, dass die Stadt Bergisch Gladbach das HSK verlassen könne. Die Gewerbetreibenden zahlen hohe Steuern, weshalb es in der Verantwortung des Rates und der Verwaltung liege, mit diesem Geld verantwortungsbewusst umzugehen. Es könne nicht sein, dass die Steuern in Krisenzeiten fortlaufend erhöht werden.

Herr Urbach stimmt Herrn Kamp zu. Jedoch habe sein Verfahrensvorschlag darauf abgezielt, dass das gesamte HSK zum Haushalt 2015 fortgeschrieben und überprüft werde.

Herr Kamp zeigt sich damit einverstanden.

Herr Urbach stellt die so modifizierte Ziffer 1 des Antrags der Freien Wähler, dass das HSK zum Haushalt 2015 fortgeschrieben wird, zur Abstimmung.

Der so modifizierte Antrag wird einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB **angenommen**.

Herr Urbach erklärt, dass die in Ziffer 2 des Antrags der Freien Wähler vorgeschlagene Beschränkung von Kassenkrediten kein geeignetes Steuerungsinstrument sei.

Herr Mumdey ergänzt, dass sich der Kassenkreditrahmen nie zur Steuerung eines Haushalts eigne. Dies sei damit zu begründen, dass Kassenkredite zur Erfüllung von Pflichtaufgaben aufgenommen werden müssen. Wenn der Kassenkreditrahmen ausgeschöpft sei, jedoch noch weitere Pflichtaufgaben anfallen, müsse die Beschränkung aufgehoben werden.

Herr Kamp erörtert, dass der Kassenkreditrahmen in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft worden sei. Als positives Signal sei es daher wichtig, dass der Rahmen um 10 Millionen Euro gesenkt werde.

Herr Mumdey erklärt, dass damit keine faktische Wirkung einhergehe. Dies würde ausschließlich demonstrativen Zwecken dienen.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet Herrn Kamp, Ziffer 2 des Antrages zurückziehen. Dieser habe keine faktische Wirkung und müsse zudem zeitlich limitiert werden. Zudem seien Kassenkredite derzeit sehr günstig, so dass selbst eine Umschuldung derzeit nicht erforderlich sei.

Herr Urbach ergänzt, dass die Stadt Bergisch Gladbach bei Investitionsmaßnahmen keine langfristigen Kredite aufnehme, sondern diese über Kassenkredite finanziert werden.

Herr Urbach stellt Ziffer 2 des Antrages der Freien Wähler, den Kassenkreditrahmen von 150 Millionen Euro, der in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft wurde, jährlich um 10 Millionen Euro zu senken, um ein positives Signal zum Sparen zu geben, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die Freien Wähler. Gegen den Antrag stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE./ BfBB. Damit wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach führt an, dass bezüglich Ziffer 3 des Antrages Freien Wähler, die „Tränenliste“ für Einsparungen für das Haushaltssicherungskonzept dem Haupt- und Finanzausschuss erneut zur Beratung vorzulegen, um zu beraten, welche Einsparungen möglich sind, nichts dagegen spreche, diese im Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen. Zu Ziffer 4, bevor die Verwaltung und der Bürgermeister neue Stellen oder Stellen neu besetze, müsse der Fachbereich für Personal eine externe Organisationsuntersuchung mit der Prüfung vergeben, lasse sich sagen, dass die Wiederbesetzung von freien Stellen grundsätzlich einer einjährigen Wiederbesetzungssperre als Auflage der Kommunaufsicht zur Haushaltssatzung unterliege. Für eine Ausnahme von dieser Wiederbesetzungssperre werden in jedem Einzelfall durch den Fachbereich 1 mit den betroffenen Fachbereichen Maßnahmen geprüft, inwieweit auf die Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden könne bzw. ob Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich oder ob andere organisatorische Maßnahmen denkbar seien. Über eine Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre entscheide der Verwaltungsvorstand auf Basis einer Vorlage durch den Fachbereich 1. Die endgültige Entscheidung hierzu obliege der Aufsichtsbehörde. Vor der Erstbesetzung von neuen Stellen sollte bereits

im Rahmen der Vorbereitung der Stellenplanvorlage eine Analyse der Aufgabenstellung durchgeführt und der Bedarf geprüft werden. Mangels Personalkapazitäten beschränke sich dies seit einigen Jahren nur auf eine Plausibilitätsprüfung. Über die Einrichtung neuer Stellen entscheide der Rat. Eine verzögerte Erstbesetzung würde dem anerkannten Bedarf widersprechen. Eine externe Organisationsuntersuchung in jedem Einzelfall würde zusätzliche Kosten verursachen und könne in der Regel nicht nur auf die Besetzung einer einzelnen Stelle bezogen werden. Außerdem seien zur Begleitung einer solchen Organisationsuntersuchung auch eigene Personalreserven vorzuhalten.

Herr Kamp erklärt, dass die Intention der Freien Wähler gewesen sei, die Mitarbeiter so einzusetzen, dass das fachliche Optimum aus den Stellen herausgeholt werden könne. Derzeit sei diesbezüglich ein Stillstand zu verzeichnen, dem entgegen gewirkt werden solle, indem zunächst eine entsprechende Organisationsuntersuchung im Personalamt durchgeführt werde. Dadurch könne eine Stelle geschaffen werden, die die restlichen Aufgaben wahrnehme.

Auf eine Abstimmung über den Antrag der Freien Wähler, die „Tränenliste“ für Einsparungen für das Haushaltssicherungskonzept dem Haupt- und Finanzausschuss erneut zur Beratung vorzulegen, um zu beraten, welche Einsparungen möglich sind, wird einvernehmlich verzichtet, da die Verwaltung zusagt, dass entsprechend verfahren werde.

Herr Urbach stellt Ziffer 4 des Antrages der Freien Wähler, bevor die Verwaltung und der Bürgermeister neue Stellen oder Stellen neu besetze, müsse der Fachbereich für Personal eine externe Organisationsuntersuchung mit der Prüfung vergeben, zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die Freien Wähler. Gegen den Antrag stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE./ BfBB. Damit wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Betreffend Ziffer 5 des Antrags der Freien Wähler, nach der in Ziffer 4 erwähnten Prüfung mit positivem Ergebnis solle der Fachbereich eine Organisationsuntersuchung für die anderen Fachbereiche der Stadtverwaltung nach Empfehlung des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt von 2008 durchführen, führt Herr Urbach aus, dass Organisationsuntersuchungen entsprechend der zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten der beteiligten Fachbereiche auch heute schon durchgeführt werden. So habe in jüngster Vergangenheit aufgrund einer umfangreichen Organisationsuntersuchung die HSK-Maßnahme im Hausmeisterbereich umgesetzt und in der Summe zwei Stellen eingespart werden können. Dies zeige den unmittelbaren Zusammenhang zwischen organisatorischen Maßnahmen und den Auswirkungen auf die Personalkosten. In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass der Fachbereich 1 nicht nur organisatorische Maßnahmen mit dem Ziel der Personalbemessung durchzuführen habe, sondern gerade im Sinne der Organisations- und Personalentwicklung verstärkt tätig werden müsse. Um hier weitere Kapazitäten zu schaffen, werde im Rahmen der Stellenplanvorlage ein Mehrbedarf begründet.

Daraufhin zieht Herr Kamp Ziffer 5 des Antrags der Freien Wählern, nach der in Ziffer 4 erwähnten Prüfung mit positivem Ergebnis solle der Fachbereich eine Organisationsuntersuchung für die anderen Fachbereiche der Stadtverwaltung nach Empfehlung des Berichtes der Gemeindeprüfungsanstalt von 2008 durchführen, zurück.

Zu Ziffer 6, wonach bei den Verkehrsbetrieben auf den einzelnen Linien Zählungen der Fahrgäste veranlasst bzw. diese Zahlen beim Kreis abgefragt werden sollen, wobei die Fahrgastzahlen der Linie 1 und des Busverkehrs zwischen Bensberg und Gladbach einer Überprüfung der Verhältnismäßigkeit zwischen dem kurzen Intervalltakt und der Zuzahlung über 100.000 Euro an die Stadtverkehrsbetrieb unterzogen werden sollten, erklärt Herr Urbach, dass die im Antrag erwähnten Zählraten der Verwaltung/der SVB nicht zugänglich seien, weshalb der Kreis unverzüglich nach Antragsingang um Übermittlung der Zahlen gebeten worden sei. Diese liegen jedoch noch nicht vor.

Auf eine Abstimmung über Ziffer 6 des Antrags der Freien Wähler, bei den Verkehrsbetrieben auf den einzelnen Linien Zählungen der Fahrgäste zu veranlassen bzw. diese Zahlen beim Kreis abzufragen, wobei die Fahrgastzahlen der Linie 1 und des Busverkehrs zwischen Bensberg und Gladbach einer Überprüfung der Verhältnismäßigkeit zwischen dem kurzen Intervalltakt und der Zuzahlung über 100.000 Euro an die Stadtverkehrsbetrieb unterzogen werden sollten, wird einvernehmlich verzichtet, da die Verwaltung zusagt, dass die bereits angeforderten Zahlen vorgelegt würden, sobald sie ihr vorlägen.

Herr Urbach erörtert, dass es folgend zur weiteren Beratung über die Vorlage Nr. 0662/2013 - Haushalt 2014 komme. In der Vorlage und der Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung seien die Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse dargestellt, die heute vom Haupt- und Finanzausschuss ebenfalls zu beraten seien. Auf Antrag von Herrn Waldschmidt habe der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative bei Enthaltung der CDU sowie einer Enthaltung aus den Reihen der FDP beschlossen, dem Rat die Beschlussempfehlung zu geben, die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten – vorbehaltlich der Finanzierung – auch bei den Personalkosten der Zweitkraft und den Sachkosten in 2014 einmalig um 2% zu erhöhen. Er fragt die SPD, was mit „vorbehaltlich der Finanzierung“ gemeint sei und ob es hierzu einen Deckungsvorschlag gebe oder dies gegen das Ergebnis laufen solle.

Herr Waldschmidt erklärt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau zunächst den Grundsatzbeschluss gefasst habe. Vorliegend sei die beantragte Erhöhung der Haushaltsposition um ca. 6.000 Euro jährlich nicht aufgeführt, über die ebenfalls abgestimmt worden sei. Sofern dies korridorrelevant sei, schlage die SPD als Deckungsvorschlag 6.000 Euro vom Zuschuss der Stadtverkehrsgesellschaft in Höhe von insgesamt 25.000 Euro vor. Im Korridor der Stadtverkehrsgesellschaft seien 190.000 Euro veranschlagt, die nun auf 135.000 Euro reduziert worden seien. Darin sei auch der Zuschuss von 25.000 Euro enthalten. Abzüglich der 6.000 Euro sei so ein Ausgleich herbeizuführen.

Herr Urbach schlägt vor, dass die Beschlussempfehlung vorbehaltlich der Finanzierung zur Abstimmung gestellt werde. Sofern die Kürzung des Zuschusses für die Stadtverkehrsgesellschaft beschlossen werde, könne die Finanzierung so sichergestellt werden. Relevant sei diesbezüglich zunächst nur das Jahr 2014. Für die Folgejahre handele es sich um eine Absichtserklärung. Die Frage, welcher Betrag mit einer Erhöhung um 2 % verbunden sei und ob dies zur Kompensation ausreiche, müsse bis zur Ratssitzung geklärt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der FDP und der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Haushaltsplanung 2014 für die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau fallenden Produktgruppen wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

Die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten wird – vorbehaltlich der Finanzierung – auch bei den Personalkosten der Zweitkraft und den Sachkosten in 2014 einmalig um 2% erhöht.

Herr Urbach schlägt vor, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau aus der Sitzung am 21.11.2013, zur Entwicklung der Jungenarbeit in Bergisch Gladbach in der Gleichstellungsstelle Personal- und Sachkosten in Höhe einer halben Stelle einzurichten, vor dem Hintergrund, dass bei der Beratung zum Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2014 unter TOP Ö 6 ein Antrag der SPD, den Umfang der neuen Stelle 5-550 – Fachberatung Familienbildung und Kinder- und Jugendarbeit von +1,0 auf +1,5 zu erhöhen, um zur Entwicklung der Jungenarbeit in

Bergisch Gladbach eine halbe Stelle einzurichten, mehrheitlich abgelehnt worden sei, nicht zur Abstimmung gestellt werde. Hiermit zeigt sich der Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich einverstanden.

Der Jugendhilfeausschuss habe ferner in seiner Sitzung am 26.11.2013 die Beschlussempfehlung an den Rat dahingehend ergänzt, dass für die Produktgruppen des Produktbereiches 006 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe - überprüft werden solle, ob dort, wo Personalkosten der Höhe nach festgeschrieben seien, eine regelmäßige Index-Erhöpfung analog der jeweiligen Regelung nach KiBiz möglich sei.

Herr Hoffstadt erklärt, dieser Prüfauftrag sei auf der Grundlage entstanden, dass die Festkostenzuschüsse für die Verbände nicht erhöht worden seien. Gleichzeitig steigen jedoch die damit finanzierten Personalkosten an. Es sei deshalb zu überlegen, ob auch hier eine Erhöhung der Förderung möglich sei. Die Maßnahmen sollen sich dabei auf Bereiche beschränken, bei denen die Stadt feste Zuschüsse an Verbände zahle, welche dann Projekte für die Stadt Bergisch Gladbach durchführen. Eine jährliche Erhöhung gestalte sich als schwierig, jedoch solle zumindest eine einmalige Erhöhung in 2014 um ca. 2 % angedacht werden. Er bittet die Verwaltung, zu prüfen, welche Haushaltspositionen davon betroffen seien und wie hier eine Deckung erzielt werden könne. Von dieser sei auch kommuniziert worden, dass sich die relevante Summe auf ca. 30.000 Euro belaufe.

Herr Urbach nimmt dies auf.

Herr Mömkes fragt, ob eine Erhöhung für den Haushalt 2014 auch 2015 Bestand hätte.

Herr Hoffstadt erörtert, dass dem so sei, da die Haushaltsposition 2014 entsprechend erhöht werde. Für den Haushalt 2015 müsse die Position dann entsprechend der Finanzlage erneut überprüft werden.

Herr Urbach bestätigt dies.

Herr Urbach stellt die ergänzte Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB, Freie Wähler sowie einer Enthaltung aus den Reihen der FDP dem Rat folgende **ergänzte Beschlussempfehlung** zu geben:

Die vorgelegte Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2014 wird in der Fassung, die sie nach Abschluss der Beratungen im Jugendhilfeausschuss gefunden hat, beschlossen. Es soll überprüft werden, ob dort, wo Personalkosten der Höhe nach festgeschrieben sind, eine einmalige Index-Erhöpfung in 2014 um 2 % analog der jeweiligen Regelung nach KiBiz möglich ist.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./ BfBB bei Enthaltung von SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und Freien Wähler dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Teilhaushalt 2014 des FB 4, die Investitionen und die Änderungslisten werden in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Herr Zalfen bittet Herrn Urbach die Punkte des Antrages der SPD, welcher im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beraten und abgelehnt worden sei, nochmals einzeln im Haupt- und Finanzausschuss zur Abstimmung zu stellen.

Herr Urbach erklärt, dass es in Ziffer 1 des Antrags der SPD darum gehe, dass der Haushaltsansatz für den Ankauf des Waatsackgebäudes aufgelöst werden solle. Dieser solle den Schulsanierungen zugehen, die bereits durchfinanziert seien.

Herr Zalfen führt an, dass die Summe der Haushaltsstelle für „Hochbaukosten allgemein“ zugeführt werden solle. Damit seien ausdrücklich die Sanierungen des Schulzentrums Saaler Mühle und des NCGs ausgenommen. Die Haushaltsposition sei dafür gedacht, Instandhaltungsarbeiten zu finanzieren.

Herr Urbach stellt Ziffer 1 des Antrages der SPD, Löschung der Haushaltsstelle 76014372 und Übertragung der Mittel in voller Höhe auf die Haushaltsstelle 82333600 Waatsack vs. Schulen, zur Abstimmung.

Für Ziffer 1 des Antrages der SPD stimmen SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE./ BfBB und Freie Wähler. Die Ziffer 1 des Antrags wird mit den Gegenstimmen von CDU, FDP und dem Bürgermeister mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach erörtert, dass Ziffer 2 des Antrags auf die Reduktion des Ausgleichs des Fehlbetrages der Stadtverkehrsgesellschaft von zurzeit 135.000 Euro auf 100.000 Euro abziele.

Herr Zalfen ergänzt, dass die Stadtverkehrsgesellschaft durch Überschüsse in den letzten Jahren ein Vermögen von 270.000 Euro angehäuft habe. Dies entspreche dem Umfang, den die Geschäfte der Stadtverkehrsgesellschaft innerhalb eines Jahres ausmachen. Seitens der Wirtschaftsprüfer sei dazu geraten worden, dieses Vermögen innerhalb der Stadtverkehrsgesellschaft zu belassen. Die SPD vertrete hingegen die Auffassung, dass dieses Vermögen in geringem Umfang reduziert werden könne. Die Beträge, die dann frei werden würden, könnten unter anderem für die zuvor genannten Seniorenbegegnungsstätten verwendet werden.

Herr Waldschmidt erklärt, dass im Haushaltsentwurf 2014 ein Zuschuss an die freien Träger für die Förderung von Seniorenbegegnungsstätten in Höhe von 358.400 Euro aufgeführt sei. Dieser werde nicht in Gänze mit einer Erhöhung von 2 % betroffen sein, da hier schon teilweise Erhöhungen eingearbeitet seien. Es handele sich deshalb um eine Erhöhung um ca. 1,5 % dieses Betrages.

Herr Urbach unterbricht die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 18:56 Uhr, da folgend über die Finanzierung der vorgehend beschlossenen Erhöhung der Förderung der Seniorenbegegnungsstätten abgestimmt werde. Dies bedürfe einer kurzen Beratung. Die Sitzung wird um 19:06 Uhr fortgesetzt.

Herr Urbach erläutert, dass die Unterbrechung nötig gewesen sei, da geprüft werden musste, ob die Beschlussempfehlung zur Erhöhung der Förderung der Seniorenbegegnungsstätten, welche einem Finanzierungsvorbehalt unterliegen, gegenfinanziert werden können. Bei der Dynamisierung der Kosten der Seniorenbegegnungsstätten gebe es nicht nur ein Finanzierungs-, sondern ebenso ein Korridorproblem. Durch die zuvor beschlossene Kürzungsrücknahme für den Theaterzuschuss des Bergischen Löwen sei der Korridor ausgereizt. Deshalb sei der Beschluss unter Finanzierungsvorbehalt richtig gewesen. In den folgenden Jahren müsse nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. Nun solle über eine Gegenfinanzierung in Form einer Reduzierung des Zuschusses an die Stadtverkehrsgesellschaft auf 100.000 Euro abgestimmt werden, welche aber nicht korridorrelevant und damit wirkungslos sei. Der Zuschuss an die Stadtverkehrsgesellschaft sei bereits von 190.000 Euro auf 135.000 Euro reduziert worden. Zu bedenken sei, dass die Stadtverkehrsgesell-

schaft durch den Bau der Radstation eine neue Aufgabe übernehmen werde. Sobald 2014 neue Erkenntnisse diesbezüglich vorliegen, könne darüber beraten werden.

Herr Urbach stellt Ziffer 2 des Antrages der SPD, Reduktion Ausgleich des Fehlbetrages Ansatz zurzeit 135.000 Euro auf 100.000 Euro, zur Abstimmung.

Für Ziffer 2 des Antrages der SPD stimmen SPD, DIE LINKE./ BfBB und Freie Wähler. Die Ziffer 2 des Antrags wird mit den Gegenstimmen von CDU, FDP und dem Bürgermeister bei Enthaltung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach führt an, dass Ziffer 3 des Antrages SPD auf Einsparungen beim Abwasserwerk abziele. Darin heiße es, dass zur Verstetigung der Investitionen ein Deckel von 13 Millionen Euro als ausreichend erachtet werde. Zudem solle eine Umwidmung von 50.000 Euro für Rechtsberatung in den Gesprächen mit der Bezirksregierung über das Abwasserbeseitigungskonzept bereitgestellt werden.

Herr Zalfen erklärt, dass die SPD die Auffassung vertrete, dass der Ausbau der Kanal- und Abwasserbeseitigung weit über das notwendige Maß hinausgehe. Die Stadt Rösrath führe auch nur die notwendigen Arbeiten aus und sei damit erfolgreich. Der Deckel über die Aufwendungen sei willkürlich angesetzt und solle auf eine einheitlich reduzierte Ebene gekürzt werden. In der Fraktionsitzung der SPD sei vorgeschlagen worden, 50.000 Euro einzustellen, womit sich das Abwasserwerk dann Rechtsberatung bei der Bezirksregierung holen könne. So könne das Rösrather Modell umgesetzt und Einsparungen verwirklicht werden.

Herr Urbach erläutert, dass es bereits ein Treffen mit der Bezirksregierung gegeben habe. Dort sei erklärt worden, welche Arbeiten vom Abwasserwerk durchgeführt werden müssten. Zwar stimme er Herrn Zalfen dahingehend zu, dass manche Arbeiten über das notwendige Maß hinausgehen. Diese entsprächen aber den Vorgaben der Bezirksregierung.

Herr Kamp führt an, dass das beschlossene Abwasserbeseitigungskonzept festlege, es solle nur noch so viel investiert werden, wie die Abschreibung hergebe. Da die Abschreibungen erst langsam ansteigen, liegen die Investitionsausgaben bei über 13 Millionen Euro. Anstelle der Rechtsberatung sei es sinnvoller, dass die Stadt Bergisch Gladbach von Personen vertreten werde, die deren Interessen vertreten.

Herr Urbach stellt Ziffer 3 des Antrages der SPD, zur Verstetigung der Investitionen wird ein Deckel von 13 Millionen Euro als ausreichend erachtet sowie eine von Umwidmung von 50.000 Euro für Rechtsberatung in den Gesprächen mit der Bezirksregierung über das Abwasserbeseitigungskonzept zur Verfügung gestellt, zur Abstimmung.

Für Ziffer 3 des Antrages der SPD stimmen SPD und DIE LINKE./ BfBB. Die Ziffer 3 des Antrags wird mit den Gegenstimmen von CDU, FDP, Freie Wähler und dem Bürgermeister bei Enthaltung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mehrheitlich **abgelehnt**.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung des Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und Sport zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./ BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die vorgelegte Haushaltsplanung 2014 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Verkehrsflächen, Stadtgrün und Umweltschutz wird in der Fassung des überarbeiteten Haushaltsplanentwurfs 2014 beschlossen.

Sodann stellt Herr Urbach den Beschlussvorschlag der Vorlage 0662/2013 zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE./ BfBB, Freie Wähler und eines Ausschussmitglieds von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bei Enthaltung eines Ausschussmitglieds von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

In zusammengefasster Darstellung der vorstehenden Beschlüsse hat der Haupt- und Finanzausschuss damit beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage ergänzte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen, folgenden Änderungen beschlossen.

Die Sachleistungen 002.330 – Bürgerbüro – werden um 150.000,- EUR gemindert.

Bei Stadtbücherei, VHS, Haus der Musik und Archiv erfolgt eine pauschale Einsparung in Höhe von 60.000,- EUR, 008.495 – Aufwand Sportstätten – wird um 40.000,- EUR, Aufwand 009.610 – Räumliche Planung – wird um 50.000,- EUR, 009.610 – Stadt-/Verkehrsentwicklungsplanung – wird um 40.000,- EUR, 012.760 – Personal Verkehrsflächen – wird um 100.000,- EUR, 013.770 – Personal öffentliches Grün – wird um 50.000,- EUR und 013.775 – Sachleistungen Friedhofs/Bestattungswesen wird um 50.000,- EUR gemindert.

Der Kürzungsbeschluss zum Theaterzuschuss in Höhe von 90.000,- EUR wird aufgehoben. Die Finanzierung erfolgt unter Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag des ABKSS durch 20.000,- EUR Einnahmeverbesserung der Bergischer Löwe GmbH durch Abschluss eines „Werbevertrages“ mit dem Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AÖR, 45.000,- EUR aus nicht ausgeschöpften Mitteln im Korridor der freiwilligen Leistungen und 25.000,- EUR Reduzierung der Kostenmiete für die Städtische Galerie Villa Zanders.

Der Ansatz der Gewerbesteuer wird um 50% des Durchschnitts der Differenz der Gewerbesteuer-Ansätze und tatsächlichen Einnahmen der letzten drei Jahre erhöht.

Das Gesamt-Haushaltssicherungskonzept wird zum Haushalt 2015 fortgeschrieben.

Die Förderung der Seniorenbegegnungsstätten wird – vorbehaltlich der Finanzierung – auch bei den Personalkosten der Zweitkraft und den Sachkosten in 2014 einmalig um 2% erhöht.

Es soll für die Produktgruppen des Produktbereichs 006 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe überprüft werden, ob dort, wo Personalkosten der Höhe nach festgeschrieben sind, eine einmalige Index-Erhöhung in 2015 um 2 % analog der jeweiligen Regelung nach KiBiz möglich ist.

9. **Zeitplanung für den Jahresabschluss des Kernhaushalts der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2012**

0517/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der in der Vorlage dargestellte Zeitplan für den Jahresabschluss des Kernhaushaltes für das Jahr 2012 wird beschlossen.

10. **Weisungspflichtiger Geschäftsvorfall i.S. § 113 (1) GO NRW/ Auflösung der "Rund um Köln Veranstaltungsgesellschaft mbH i.G."**

0526/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach wird als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt mit dem als Anlage beigefügten Umlaufbeschluss folgendes zu beschließen:

- die „Rund um Köln Veranstaltungsgesellschaft mbH i.G.“ wird zum 31.12.2013 aufgelöst
- die Geschäftsführer der Gesellschaft werden beauftragt den beteiligten Gesellschaftern das eingezahlte Stammkapital inkl. Zinsen zurückzuzahlen.

11. **Jahresabschluss 2012 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL)**

0557/2013

Herr Dr. Fischer merkt an, dass es sich bei der EBGL um eine hundertprozentige Tochter der Stadt Bergisch Gladbach handele. Diese erwirtschaftete Überschüsse und zahle Steuern. Es solle daher geprüft werden, ob die Leasinggebühren und andere Erträge soweit gesenkt werden können, dass keine Steuern mehr anfallen. So können 60.000 Euro gespart werden.

Herr Urbach sagt dies zu.

Herr Kamp fragt, ob dargestellt werden könne, wie viel Mehrwertsteuer über die Leasingraten an die EBGL gezahlt werde und wie viel die EBGL abführen müsse.

Herr Urbach sagt auch dies zu.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltungen von DIE LINKE./ BfBB und Freie Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2012 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang fest und entlastete die Geschäftsführer Frau Diana Lauszus und Herr Wilhelm Carl für das Geschäftsjahr 2012. Die Beschlüsse erfolgten vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gemäß § 113 (1) GO NRW gebilligt:

1. In der Bilanz zum 31.12.2012 werden Aktiva und Passiva mit 2.900.333,58 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2012 mit 136.964,61 EUR festgestellt.
2. Der Lagebericht 2012 wird festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss 2012 wird in Höhe von 136.964,61 EUR auf neue Rechnung vorge-tragen.
4. Die Geschäftsführer Frau Diana Lauszus und Herr Wilhelm Carl werden für das Ge-schäftsjahr 2012 entlastet.

12. Wirtschaftsplan 2014 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
0597/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von DIE LINKE./ BfBB und Freie Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach wird nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt, als städti-scher Gesellschaftervertreter in der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB) den Wirtschaftsplan 2014 nach § 13 (1) Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

13. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier
EBGL
0561/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier
RBS
0564/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier
SEB AöR
0566/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

16. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier
Stadtbahngesellschaft Rhein Sieg mbH i.L.
0565/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

17. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier
SVB
0567/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

18. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
0568/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

19. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier Bädergesellschaft
0569/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

20. Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften/ hier Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
0570/2013

Herr Dr. Fischer erklärt, dass auf Veranlassung der FDP eine Studie von der Westdeutschen Akademie für Kommunikation durchgeführt werde, aus der ersichtlich werden solle, ob die Bilanz des Bergischen Löwen verbessert werden könne. Er fragt dazu ergänzend, ob die Grenzkosten ermittelt werden können, ab denen es sich lohne, die Säle zu vermieten, auch wenn dadurch nicht die vollen Kosten gedeckt werden können. Dies löse zwar eine Neiddebatte unter den Saalmietern aus, es sei aber interessant zu erfahren, ob es im Zweifel unter bestimmten Bedingungen sinnvoller sei, eine vergünstigte Vermietung über die Grenzkosten anzubieten als gar nicht zu vermieten. So könne möglicherweise eine höhere Vermietungsrate erzielt werden.

Herr Urbach sagt dies zu. Es sei aber zu bedenken, dass eine derartige Prüfung mit einem hohen Aufwand verbunden sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

21. II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach
0607/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die II. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

22. Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung
0576/2013

Frau Schundau merkt an, dass die Limitierungen, bis zu denen der Vergabeausschuss entschieden könne, in der geänderten Vergabeordnung Nettosummen seien, so dass der wirkliche Bruttobetrag wesentliche höher liege. Damit verliere der Vergabeausschuss seine Funktionalität, da die Kontrollmöglichkeiten stark eingeschränkt seien. Dies sei zu kritisieren, da ein politischer Einfluss erhalten bleiben sollte. Im § 9 der Vergabeordnung sei die Definition bezüglich einer „zeitnahen Information“ sehr ungenau. Auch seien Bemerkungen sinnvoll, die den Ursprung des jeweiligen Maßnahmenbeschlusses darstellen.

Herr Urbach erklärt, dass die Entscheidungsmöglichkeiten des Vergabeausschuss stark limitiert seien. Die Angelegenheiten werden dabei über Ausschreibungen und Vergaben geregelt, so dass kein Ermessensspielraum existiere.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./ BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Der VI. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Der IV. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und den Bürgermeister wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
3. Die Änderungen treten zum 01.01.2014 in Kraft.

23. IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
0544/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

24. Offenhalten von Verkaufsstellen
0657/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./ BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

25. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege
0584/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./ BfBB, dem Rat folgende **ergänzte Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Den Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege wird in ihrer geänderten Fassung zugestimmt.

2. Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.01.2014 in Kraft.

3. Die folgenden Änderungen sind Bestandteil des Beschlusses:

Ziffer 3 Abs. 3 Satz 3:

„Staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerinnen/Heilerziehungspfleger, Erzieherinnen/Erzieher, Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen und Diplom-Pädagogen/-Pädagoginnen müssen nur den Grundkurs zur Kindertagespflege absolvieren.

Ziffer 12 Abs. 7 Satz 1:

„Ob im Einzelfall (z.B. bei der Betreuung von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf oder Kindern mit Behinderungen) ein zusätzliches Entgelt gezahlt werden kann, entscheidet das Jugendamt nach pflichtgemäßem Ermessen. Wenn ein erheblicher Mehraufwand, der fachlich begründet und nachgewiesen sein muss, erforderlich ist, kann ein zusätzliches Entgelt bis in Höhe des 2,5fachen des üblichen Stundensatzes gewährt werden.“

26. Kostenlose Jahresausweise der Stadtbücherei für Kinder unter 18 Jahren/ Änderung des Entgelt-Tarifs
0541/2013

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Einführung von kostenlosen Jahresausweisen für die Stadtbücherei für Kinder unter 18 Jahren wird zum 01.01.2014 beschlossen.

27. Neubau Kunstrasenplatz Rübezahwald

0488/2013/1

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./ BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

- 1. Der Rat stimmt dem Neubau eines Kunstrasenplatzes auf dem bestehenden Sportplatz „Rübezahwald“ durch den Verein SSV Jan Wellem 05 Bergisch Gladbach zu.**
- 2. Der Rat stimmt dem Abschluss eines Nutzungsüberlassungsvertrages mit dem Verein SSV Jan Wellem 05 Bergisch Gladbach zu.**
- 3. Der Rat beschließt die Zahlung eines jährlichen Betriebskostenzuschusses an den Verein SSV Jan Wellem 05 in Höhe von 20.000 €.**

28. Anträge der Fraktionen

28.1. SPD-Antrag für eine Satzung zum "Schutz und Erhalt von Wohnraum"

0491/2013/1

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP Ö 1 vertagt.

28.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 30.09.2013 zum Thema Wohnbauförderung (Überweisung durch den Rat 15.10.2013 zu DR-Nr. 0531/2013 an den ASSG, HFA und Rat)

0581/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP Ö 1 vertagt.

28.3. Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 21.11.2013 (eingegangen am 25.11.2013) zur Namensgebung und Namensfindung der Straße in der Erschließung Eichenkamp

0663/2013

Herr Mömkes erklärt, dass es eine vernünftige Idee sei, die Bürgerinnen und Bürger, die in die entsprechende Straße ziehen, an der Namensfindung zu beteiligen. Die Freien Wähler nennen in ihrem Antrag vier Benennungsvorschläge. Da 14 Parteien in die Straße ziehen werden, könne unter Umständen kein eindeutiges Ergebnis erzielt werden. Er schlägt deshalb vor, dass nur zwei Vorschläge zur Abstimmung gestellt werden sollen. Dies seien „Pfarrer-Hawig-Straße“ und „Zur Brücker Aue“. Der Vorschlag „Am Frankenforstbach“ sei in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.07.2013 aus plausiblen Gründen abgelehnt worden.

Herr Zalfen erörtert, dass die Beteiligung der Bürger an der Namensgebung zu begrüßen sei. Allerdings sei dies bei der Debatte um den „Hindenburgplatz“ und die „Agnes-Miegel-Straße“ nicht geschehen. Sofern die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden sollen, sollten diese auch alle vier Namensvorschläge vorgelegt werden. Sofern kein eindeutiges Ergebnis erzielt werde, könne eine Stichwahl durchgeführt werden.

Herr Urbach erklärt, dass sich alle Anwohner des ehemaligen Hindenburgplatzes dafür ausgesprochen hätten, diesen umzubenennen.

Herr Dr. Baeumle-Courth schlägt vor, dass den Bürgerinnen und Bürgern drei Namensvorschläge vorgelegt werden. Aufgrund der geraden Anzahl der Anwohner könne so ein eindeutiges Ergebnis erzielt werden. Er schlägt als dritten Vorschlag die Bezeichnung „Edith-Stein-Straße“ vor. So könne auch der Richtlinie zur Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen entsprochen werden.

Herr Kamp zeigt sich erfreut, dass die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden sollen. Auch wenn es sich nur um eine Namensgebung einer Straße handle, hätten die Bürgerinnen und Bürger das Recht an den öffentlichen Diskussionen und Entscheidungen in bestimmter Form teilzunehmen. Die Zahl der vorgelegten Namensvorschläge sei unerheblich, solange die Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.

Herr Mömkes schließt sich dem Vorschlag von Herrn Dr. Baeumle-Courth an. Er bittet die Verwaltung darum den betreffenden Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen, so dass diese eine Entscheidung treffen können.

Herr Urbach stellt den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses, die Straße im Erschließungsgebiet Am Eichenkamp als „Pfarrer-Hawig-Straße“ zu benennen, wird aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, den neuen Eigentümern im Erschließungsgebiet Am Eichenkamp Informationsmaterial zu den Namensvorschlägen „Pfarrer-Hawig-Straße“, „Zur Brücker Aue“ und „Edith-Stein-Straße“ zur Verfügung zu stellen und schriftlich diese drei Vorschläge in einer angemessenen Frist abstimmen zu lassen.

28.4. Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013) zur Überarbeitung des Haushaltes 2014
0666/2013

Der Antrag wurde in von der FDP-Fraktion modifizierter Form wegen Sachzusammenhang unter den TOPs Ö6, Ö 7.2 und Ö 8 beraten.

29. Anfragen der Ausschussmitglieder

Schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wähler zu den Fahrzeugen der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Urbach erklärt, dass den Ausschussmitgliedern ein Fragenkatalog der Fraktion Freie Wähler zu den Fahrzeugen der Stadt Bergisch Gladbach als Tischvorlage vorgelegt worden sei. Er sagt eine schriftliche Beantwortung in Form einer Anlage zur Niederschrift zu.

Herr Kamp zeigt sich damit einverstanden.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zur Formulierung in der Vorlage zu TOP Ö 7.1

Herr Dr. Fischer fragt, wie die Formulierung zu TOP Ö 7.1, in der es heiße, dass sich der Anteil der Betriebskosten der Kindertagesstätte, die von städtischen Bediensteten genutzt werde erhöhe, zu verstehen sei.

Herr Urbach antwortet, dass der Stadt Bergisch Gladbach in einer von der AWO betriebenen Kindertagesstätte einige Plätze als Betriebskindergarten zur Verfügung stünden. Darauf beziehe sich diese Formulierung. Diese werden wie alle anderen Kindergartenplätze finanziert und es gebe keinen Zuschuss seitens des Arbeitgebers.

Herr Wilhelm ergänzt, dass die städtischen Bediensteten bei dieser bestimmten Kindertagesstätte ein vorrangiges Belegungsrecht haben. Allerdings werden diese frei vergeben, sofern dieses Belegungsrecht nicht in vollen Umfang ausgeschöpft werde. Die Finanzierung werde über Fachbereich 5 abgewickelt. Der Anteil der Belegung von städtischen Bediensteten an den Betriebskosten müsse jedoch mit dem Fachbereich 5 verrechnet werden.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Darstellung dessen zu.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Rentierlichkeit von Altkleidercontainern

Herr Dr. Baeumle-Courth führt an, dass in Deutschland jährlich 750.000 Tonnen Altkleider gesammelt werden. Pro Tonne sei dabei mit ca. 400 Euro Erlös zu rechnen. Gerechnet auf Bergisch Gladbach müssten grob gerechnet ca. 350.000 Euro jährlich zu erzielen sein. Er fragt, ob die Verwaltung aufschlüsseln könne, welche Einnahmen die Stadt Bergisch Gladbach durch die Sammlung von Altkleidern erziele.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Kamp: Anfrage zum Gesamthaushalt und zu einer Produktgruppe

Herr Kamp erklärt, dass der Kernhaushalt voraussichtlich in der Sitzung des Rates am 17.12.2013 verabschiedet werde. Er fragt, wann der Gesamthaushalt inklusive des Konzernabschlusses vorgelegt werde. Er möchte zudem wissen, warum in der Produktgruppe Informationstechnologie und Logistik ein Lkw benötigt werde.

Herr Urbach antwortet, dass es sich dabei um den Lkw der Umzugstruppe handele. Damit werden sämtliche Transporte der Stadt Bergisch Gladbach vorgenommen.

Herr Kamp fragt, ob diese nicht von der GL Service GmbH beschäftigt werden können.

Herr Urbach antwortet, dass die Kollegen Beschäftigte der Stadt Bergisch Gladbach seien.

Herr Schäfer ergänzt, dass die Aufsichtsbehörde Fristen für die Jahresabschlüsse gesetzt habe, so dass die Arbeitskapazitäten darauf fokussiert gewesen seien. Es gebe eine Stelle im Bereich der Kosten- und Leistungsrechnung, die noch zu besetzen sei. Sobald dies geschehe, werde der Gesamtjahresabschluss verstärkt bearbeitet. Derzeit werde dieser aber schon weitestgehend vorbereitet.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:33 Uhr.